

teister Marschroute ihrer Regierungen erscheinen und der Fortschritt nur nach langwierigen Studienfragen bei den Antraggebern erzielt werden kann. Anderseits aber wäre ein solches System auf die Regierung Amerikas gestoßen, dessen Regierung nicht zu Utrecht darin einen Versuch erledigt hätte, sie zu einem Einlenken in der Schuldensfrage zu zwingen.

Heute ist die Bahn frei für den Beginn der Arbeiten des Tagesschöpfungsministers, dessen Mitglieder in den nächsten Tagen ernannt werden. Natürlich darf man sich nicht einbilden, daß nunmehr alles übrige glatt und kinderleicht laufen wird. Eine völlige Unabhängigkeit der Sachverständigen von ihren Regierungen wird, genau wie beim Davies-Komitee, nur auf dem Papier bestehen. Jede einzelne Regierung wird schon dafür sorgen, daß die Männer, die in den Ausgang entnommen werden, im großen und ganzen ihren eigenen Standpunkt vertreten und für die Interessen ihres eigenen Landes kämpfen. Innerhalb die formelle Bekanntmachung der "Unabhängigkeit" wird den Mitgliedern des Komitees eine größere Beweglichkeit finden und Kompromisse erleichtern.

Die Interessen der einzelnen Länder bleiben jedoch nach wie vor stark entgegengesetzt. Insbesondere hat Frankreich zu der Erklärung über die grundähnliche Einigung zwischen den beiden Vorberatungen angemeldet, die auf deutscher Seite sofort mit Gegenvorberatungen beantwortet wurden. Ein langer, zäher Kampf steht bevor, innerhalb und außerhalb des Komitees. Auch wenn dieses zu einer Einigung gelangt, werden die einzelnen Regierungen das Recht haben, dessen Vorschläge anzunehmen, abzulehnen oder zu fortsetzen. Die nächsten Monate werden im Zeichen eines schwierigen Abgangs stehen, bei dem die nationalistischen Elemente eines jeden Landes ihr Möglichstes tun werden, um die öffentliche Meinung auszuputzen und eine Einigung zu hinterreiben. Demgegenüber wird es die doppelte Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse sein, dafür zu sorgen, daß diese Brunnenergung erfolgt bleibt und daß die endgültige Lösung des Reparationsproblems nicht einseitig auf ihre Kosten erfolgt.

Die amerikanischen Kandidaten

U. Washington, 27. Dezember. (Eig. Meldung.) Als Sachverständige für die Reparationskonferenz werden in Washington Louis T. Young, Nelson Perkins, Jeremiah Smith und Henry Robinson genannt.

Die endgültige Ernennung der amerikanischen Sachverständigen erfolgt durch die Reparationskommission im Einvernehmen mit Deutschland. Erinnert werden nur zwei, doch können Stellvertreter bestimmt werden. Eine andere der sechs Plätze stellt ebenfalls je zwei Arbeitnehmer, so daß die Sachverständigenkommission aus je zwei deutschen, englischen, französischen, belgischen, italienischen, japanischen und amerikanischen Mitgliedern besteht wird — zusammen 14.

Jugendgruppen in Kriegervereinen

Das deutsche Kriegerkorps hat an den Reichsinnenminister eine Eingabe gerichtet, in welcher es auf die Lage hinweist, daß die Kriegervereine mehr und mehr dazu übergehen, sich Jugendgruppen anzugehören, in die sogar Kinder bis herunter zu zwölf Jahren, also noch im jugendlichen Alter, aufgenommen werden. Wie weit diese Praxis geht, sehen wir daran, daß die statistischen Angaben des Deutschen Kriegerbundes an seine Ortsgruppen die Frage enthalten, ob und in welcher Stärke eine Jugendgruppe besteht. Man will offenbar die Kriegervereine zu militärischen Verbänden organisieren, für die Jugend eingerichtet. Damit rücken sie aber in eine Reihe mit den Hitlerorganisationen, und es scheint höchste Zeit, daß die Regierung eingreift, um zu verhindern, daß hier aufs neue eine ungeheure Ausrüstung erfolgt, und daß gerade die Jugend durch den vollkommen reaktionären und militaristischen Geist, der in den Kriegervereinen bereichert, vergiftet wird. "Den Militarismus mittler ins Herz", Genosse Severing? Hier ist eine Gelegenheit, ihn jetzt nicht ins Herz, aber an einer sehr empfindlichen Stelle zu treffen.

Solche Jugendgruppen werden z. B. erwähnt beim Kriegerverein Wieschoma, Kreis Beuthen, in Gleiwitz, in Wismar, wo man schon die Zwölftklässler aufnimmt. Auf der Hauptversammlung des Kreiskriegerverbandes Elberfeld forderte Superintendent Klingenberg allgemein für den Bezirk die Ausbildung der Jugendlichen in den Vereinen, für welche die Sportschule in Kettwig zur Verfügung steht. I. S.

Die Hege gegen die Autonomisten

P. Paris, 26. Dezember. (Eigener Drahtbericht) Der größte Teil der französischen Presse hat das Attentat auf den Staatsanwalt Gauchot zum Anlaß einer massiven Hege gegen die autonomistische Presse im Osten und insbesondere gegen den Abgeordneten, dessen moralische Verantwortlichkeit am Verdachten ohne weiteres feststeht. Er und die ehemaligen Autonomisten, so heißt es u. a., hätten gerade vor dem Attentat den Plan gehabt, den Prozeß von Molmar in einer noch erdrückenderen Atmosphäre wiederholen zu lassen. Nur aus dieser Sicht heraus ist es zu erklären, daß sich der im Molmar-Prozeß im Süden in Freiheit gebliebene und verurteilte Autonomist Ross den einzigen Tagen selbst der Polizei entziehen habe. Die Pläne fordern, daß das Wiederaufnahmeverfahren in Nancy fortgesetzt werde.

Ross hat ingewissen zu den gegen ihn erhobenen Verdächtigungen eine Selbstrechtfertigung eröffnet, in der er feststellt, daß nicht auf ihn und die autonomistische Presse die Verantwortung an dem Verbrechen fallen könne, sondern auf diejenigen, die seit Jahr und Tag gegen die Forderungen der Elsässer eine Hege entschlossen hätten. Das elstische Volk lebt es ab, sich mit einem Halbworten für solidarisch zu erklären. Seine Gewerkschaften mit ihrer neuen Hege weder ihm noch die Autonomisten zu treffen.

Prozeßverschiebung aus politischen Gründen

P. Paris, 27. Dezember. (Eigener Drahtbericht) Die französische Regierung hat angeordnet, daß das Wiederaufnahmeverfahren gegen den Autonomisten Ross, der im Molmar in seiner Abwesenheit an einer langjährigen Anhörung verurteilt worden war und sich nunmehr den französischen Gerichten gestellt hat, nicht in Molmar, sondern in Nancy verhandelt wird. Die Regierung begründet diese Maßnahme mit der Fregung im Elsass, die in Molmar durch die Verwohnung der Richter und Geschworenen ihren Ausdruck gefunden habe.

Im Gefüide des ehemaligen Staatsanwalts Gauchot ist eine Hege eingezogen; es wird mit seinem baldigen Wiederaufkommen gerechnet.

Bau Paul Nathan

D. Ein Lebensbild von Paul Nathan, dem vor etwa zwei Jahren verstorbenen berühmtesten Politiker und Menschenfreund, der während des letzten halben Jahrzehnts seines Lebens der Sozialdemokratie angehört hat, ist in diesen Tagen von Ernst Feder veröffentlicht worden. (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin.) Mit Recht gibt der Verfasser seines Buches den Titel „Politik und Humanität“. Paul Nathan ist in der Tat eine der wenigen Persönlichkeiten gewesen, deren politisches Wirken besonders hoch von menschlichen und ethischen Gefühlen bestimmt worden ist. Demokratie und Judentum sind die beiden charakteristischen Momente von Nathon's öffentlicher Wirksamkeit gewesen. Es wird kaum zweifelhaft sein, wenn man diesen Mann im obersten Lessingischen Sinne als „Mann des Weisen“ bezeichnen.

Ernst Feder ist mit Nathan jahrelang eng befreundet gewesen. Er kannte und beschreibt Nathon's Persönlichkeit, seine Kunst und seine Entwicklung durch eine Fülle von Einzelheiten aus seinem Privatleben auf das lebendigste anschaulich machen. Natürlich kommt die radikal-syndikalistische Erziehung Nathon's erst nach der Revolution recht zur Geltung. Aber auch sein Werk in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs eröffnet uns manchen wertvollen Einblick in die politische Geschichte des wilhelminischen Zeitalters. Wenn auch Nathan seine eigentliche aktive Tätigkeit als Politiker war, sofern Seiner in der Sache eine Partei durchaus keine Wissenswert war, so waren doch sein jüdisches Menschentum und sein jugendliches Temperament bei allen Menschen einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt, die mit ihm in persönliche Verbindung kamen. Das gut geschriebene Buch stellt eine wertvolle Bereicherung der politisch-didaktischen Literatur der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart dar.

25000 Opfer der mazedonischen Kämpfe

P. Paris, 26. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die radikal-syndikalistische Schriftsteller und Kämpfer, in dem auf das Zepter der mazedonischen Räte eingeschworen ist, entgegen, da ihre Mitglieder selbst einer der bewohnt blutig die kämpfenden sozialistischen Parteien angehören. Von 1923 bis 1928 seien dem weissen Terror in Bulgarien 25000 Menschen zum Opfer gefallen. Die eine der beiden Gruppen werde vom König, dem General Volstoff und dem Ministerpräsident Biapichoff geführt, die andere von General Rouff. Die Unterzeichner des Aufrufs erheben Protest gegen die gegenwärtigen Verfolgungen und Morde, deren Schaulaufen Bulgarien heute sei. Sie fordern eine internationale Einigung (Erhebung) zur Vorbereitung einer gerechten Lösung der mazedonischen Frage.

Keine Spaltung in Holland

Von der holländischen Grenze wird uns geschildert: Im bürgerlichen Altkreis wird von einer Spaltung der niederländischen Sozialdemokratie berichtet. Richtig ist, daß ein früherer Gesellschafter der Sozialdemokratie in Utrecht eine sogenannte „Sozialdemokratische Volkspartei“ gegründet hat. Das Gesetz dieser Gruppe steht jedoch zu ihrer Mitgliederzahl in keinem Verhältnis. Von einer Spaltung kann überhaupt keine Rede sein.

Das Organ der holländischen Sozialdemokratie, „het Volk“, sieht in der Neugründung nichts anderes als eine Filiale des sozialistischen nationalen Arbeiterskreises. Darauf deutet u. a. auch der Umstand hin, daß mit der Neugründung in Utrecht zugleich eine neue Bergarbeiterorganisation ins Leben gerufen wurde, in deren Spize die in dem früheren kommunistischen Bergarbeiterverband maßgebenden Persönlichkeiten die erste Rolle spielen. Die Agitation dieser neuen Organisationen geht ebenfalls ganz nach dem kommunistischen Muster vor sich. Man kann nicht das Blaue vom Himmel herunter, erfindet logisch Aufstellungen von „Obersgruppen“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den „Rücktritt von Vorstandsmitgliedern“. Wenn diese Meldungen richtig

wären, würde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Niederlande schon längst seinen Vorstand nicht besitzen. In Wirklichkeit erkennt sich die Arbeiterpartei noch wie vor einer starken Gewissheit, an der — nach unseren Informationen — die neu-kommunistisch-kommunistische Gründung ehemaliger Kämpfer nicht etwas anderes dürfte.

Die niederländische Arbeiterpartei legt ihrem Parteitag ein Wahlprogramm vor, das erklärt: Am Ende einer genügenden Mehrheit ist die niederländische Arbeiterpartei grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien bereit. In einzelnen Fällen in dem neuen Parlament u. a. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, das Wissensrecht in den Betrieben, die Staatsaufsicht über Kartelle und Trusts u. a. erfordert werden.

Offiziersrebellion gegen den spanischen Diktator

P.D. Paris, 27. Dezember. (Eig. Funk.) Wie die Information aus Segovia zu melden weiß, sind an der Kriegsschule schwere Rückschlüsse ausgetragen. Die Kriegsschüler, die beim Abschluß ihres Studiums zu Offiziere befördert werden waren, veranstalteten bei der Abwesenheit einer Revue, in der einige Szenen vorgetragen wurden, die für Primo de Rivera schwer verleidfähig sind. Besonders eine allegorische Karnevalsszene sei von Primo de Rivera als „zu gewagt“ angesehen worden. Bierseit der neuernannten Offiziere kamen ins Gefängnis und drei sind sofort aus dem Heer ausgeschlossen worden. Eine Protestbewegung gegen diese Maßregelung hatte sich sofort geltend gemacht. Sämtliche Offiziersschüler verließen die Schulen; auch mehrere andere Schulen, besonders die von Saragossa, haben sich dem Protest angeschlossen. Die Bewegung ist, wie die Information behauptet, eine Fortsetzung des ständigen Kampfes zwischen dem Diktator und den Artillerieoffizieren aufzufassen, der schon einmal im Jahre 1927 zu einer offenen Revolte geführt habe. Primo de Rivera sei entflohen, nun die energischsten Maßnahmen zu ergreifen, er diente sogar dazu, die Artillerie als selbständige Waffe überhaupt aufzuladen und sie den übrigen Waffen einzugliedern.

Japan erstickt an Intellektuellen

P. Tokio, 26. Dezember. (Eigener Bericht) Die Lehrproduktion Japans an Intellektuellen droht sich zu einer schweren sozialen Gefahr zu entwickeln. Nach einer vom Ministerium des Justiz veröffentlichten Statistik zeigt sich die Zahl von Personen mit höherer Schulbildung, die in Staat und Privatbetrieben kein Nacherkommen gefunden haben, vom Jahr zu Jahr. Im letzten Schuljahr haben von 1717 Absolventen höherer Hochschulen nur 800 Beschäftigung erhalten. Die Regierung sucht dringend nach Mitteln zur Abhilfe, da sie in den sogenannten „intellektuellen Überflüglern“ den Generalstab der revolutionären Bewegung sieht. Sie erwähnt augendienlich den Plan, dem sprunghaften Wachstum von höheren Schulen durch gesetzliche Verordnungen ein Ende zu machen und außerdem durch höhere Bildung hinzuzweisen.

Die Ordnungsgesetzgebung leistet ein. Aus Weimar wird uns gemeldet: Durch antisemitische Gesetze vor 1924 der erste Präsi der städtischen Staatsbank, Genosse Boeb, aus der Zeitung dieses Initiativs verdeckt worden. Soeb hat das Land Thüringen auf Studenten verfügt. Nunmehr hat sich kurz vor der legistischen Entscheidung die „Ordnungsgesetzgebung“ bereit erklärt.

Ein räudiges Schaf der Bollspartei. Der frühere Herausgeber des Freien Wortes in Essa, Peter Kirschner, wurde wegen Wehrfestschänden, Gepehlung, Untreue und Urkundenfälschungen zu insgesamt 2 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt. Kirschner war Vorstandsmittel der Deutschen Bollspartei, Essa. Angeklagt wurden ihm 19 Wehrfestschändungen nachgewiesen. Unter anderem hat er einen Betrag von 25000 Mark, der ihm von der Deutschen Bollspartei für Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt worden war, für eigene Zwecke verbraucht.

Die Zurückgebliebenen

Konservativ bis auf die Knochen

D. Mitten in der Rheinprovinz liegt im Hunsrück ein Stück Oldenburg, der Landesteil Birkenfeld. Er ist über 500 Kilometer vom Stammland entfernt. 200 Kilometer vom Stammland entfernt, an der Ostsee, liegt der oldenburgische Landesteil Eutin. Diese beiden verstrengten Landesteile sind Überbleibsel der dynastischen Geschichte — oder die deutsche Republik hat sie bis auf den heutigen Tag treulich konserbiert. Nun ist geplant, diese beiden Landesteile gegen einen Streifen preußischen Gebietes umzutauschen. Es versteht sich, auszutauschen, nicht einfach zu übergeben, weil die lächerliche Souveränitätsmanie der Duodezmaten aus dynastischer Zeit auch in der Republik aufbewahrt werden muß.

Immerhin wäre solcher Austausch ein weiterer technischer Fortschritt — und gerade deswegen erhebt sich lebhafter Widerspruch. Denn es gibt Bureaucratien, die einen Vorteil im verwaltungstechnischen Leerlauf sehen. Sie sitzen in den Etablissements wie kleine Könige und erblicken in der Zersplitterung ihren Vorteil. Etwaartliche kleine Privatunternehmen stellen sich deshalb jedem Verzug entgegen, dem Zustand der Zersplitterung aus dynastischer Zeit ein Ende zu machen. Es ist, als wären diese Bureaucratien neue Dynasten, die sich nicht minder fest an ihre Thronrechte als ihre frustlichen Vorgänger! Es ist eine Schande, daß öffentlich als Grund für bureaukratischen Widerstand gegen den geplanten oldenburgischen-preußischen Gebietsaustausch angegeben werden könnte, daß dadurch gewisse Leute aus Birkenfeld die Berechtigung zu einer Freizeit über etwa 600 Kilometer von Birkenfeld nach Oldenburg verlieren würden!

Toll wird die Geschichte jedoch, wenn ernsthaft erörtert wird, ob die Bevölkerung des Landesteils Birkenfeld aus ethnographischen Gründen der Verwaltung der Rheinprovinz unterworfen werden könnten — als ob es sich um einen unbestritten innerafrikanischen Stamm handele und nicht um Deutsche —, noch toller, wenn sich Widerspruch dagegen erhebt, weil solche Flurbereinigung eine Zäsurung des Einheitsstaatsproblems darstelle, die im Interesse des Ganzen vermieden werden müsse. Der Einheitsstaat als Argument gegen die Nationalisierung der Verwaltung! Die konservativen Mächte gegen die Nationalisierung der Verwaltung und der Gebieteinteilung in Deutschland sind ungemein. Gegen jeden praktischen Widerspruch werben tausend Argumente in mildester Kopfarbeit zusammengebracht, nur um zu verhindern, daß überhaupt etwas geschieht. Es steht

in der Tat traurig um das Einheitsstaatsproblem in Deutschland.

Der Zolldirektor

Der Präsident des Landesfinanzamtes Königsberg hatte durch denstellvertretenden Präsidenten Capeller am 31. Mai 1928 eine Strafverfügung in Höhe von 10 Mark gegen einen Zollschiffer erlassen, weil dieser dem Zollamtsdirektor Falde gegenüber bei Abstimmung einer Dienstlichen Meldung nicht „die erforderliche Achtung“ erweist hätte. Der Zollschiffer hatte nämlich seinem Vorgesetzten in höflicher Form „Guten Tag“ gewünscht, während der Zollamtsdirektor Falde, obwohl er in Sibyl war, auf einer militärischen Meldung bestand, d. h. verlangte, daß der Zollschiffer habe bei der Meldung „stillzustehen und die Hände zusammenzunehmen“.

Derselbe Zollamtsdirektor Falde vom Hauptzollamt Holländerbaum in Königsberg erließ Verfügungen an seine Beamten, in denen folgendes stand:

„Zerner laufen einzelne Beamte mit helgrauen Hosen und offenen, grünem Rücken wie Postleute herum. Es war ein Skandal. Sehe ich das noch einmal, so werde ich die Befestigungen neu machen.“ Die alten Beamten der Befestigungen blieben die Eltern der Befestigungen, die später mit ihren Freunden weiterreisen. In Lemgo kommen der Befestigungen keine Befestigungen mehr, im Wegenfall zu Befestigungen und Eisenbahnen die Befestigungen tragen. Es ist mir unverständlich, daß Befestigungen sich nicht schämen, auf der Straße ohne Sabel herumzulaufen — wie Kunden ohne Jacke.“

Die Republikanische Beschwerdestelle wandte sich an den Reichsminister der Finanzen und erhielt unter dem 1. Dezember folgenden Einschall:

„Auf die Beschwerde des Oberzollschiffers ... in ... gegen die Strafverfügung des Präsidenten des Landesfinanzamtes Königsberg vom 31. Mai 1928 ist die Strafverfügung soweit sie dem Beamten unverhältnismäßige Belästigung und Entstellung zum Vorwurf macht, aufgehoben und ... abgelöscht. Weil die Befestigungen und Eisenbahnen die Befestigungen nicht schämen, auf der Straße ohne Sabel herumzulaufen — wie Kunden ohne Jacke...“

Die Republikanische Beschwerdestelle wandte sich an den Reichsminister der Finanzen und erhielt unter dem 1. Dezember folgenden Einschall:

„Auf die Beschwerde des Oberzollschiffers ... in ... gegen die Strafverfügung des Präsidenten des Landesfinanzamtes Königsberg vom 31. Mai 1928 ist die Strafverfügung soweit sie dem Beamten unverhältnismäßige Belästigung und Entstellung zum Vorwurf macht, aufgehoben und ... abgelöscht.“

Das war auch höchst Zeit! Die Zollverwaltung ist nun mal kein Kaiserreich mehr!